

# Der Steinmetz

## Wochenzeitschrift des Zentralverbandes der Steinmetzen Deutschlands

Erscheint zweiwöchentlich am Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 1000 Mk. — Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528. — An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt.

Schriftleitung und Verlagsstelle in Leipzig, Zeiser Straße 30, IV., (Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 27 503

Schluss des Blattes: Montags, mittags 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgepaßte Kleinzeile 50 000 Mk. Anzeigen werden nur bei vorberiger Einfindung der Kosten aufgenommen. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 3435

Sonnabend, den 1. September 1923

27. Jahrgang

### An die Postabonnenten des Steinmetz!

Von den Postanstalten wurden die Abonnementsbeiträge für den Steinmetz für die Monate Juli, August, September (3. Quartal) in Höhe von 1000 Mk. eingezogen und an uns abgeführt. Die außerordentlichen Herstellungskosten (Papier und Druck) haben bewirkt, daß zur Zeit ein einzelnes Exemplar auf ca. 7000 Mk. zu stehen kommt.

Der Verlag ist deshalb gezwungen, von den Postabonnenten eine Nachzahlung für das laufende Vierteljahr von mindestens 50000 Mk. einzufordern, und bittet um Ueberweisung auf das Postkontokonto Leipzig Nr. 55 383, Kassierer L. Geiß.

### Eine weitere Einschränkung des „Steinmetz“

diffieren die außerordentlich hohen Herstellungskosten. Auf zwei Seiten 14tägig ist unser Verbandsblatt nunmehr zusammengekrumpft, und es besteht die Gefahr noch weiterer Einschränkung. Die monatliche Betriebsrätebeilage erscheint also vorläufig nicht mehr. — Papier- und Druckpreise verschlingen ungeheure Summen, die aus der regelmäßigen Verbandsbeiträge nicht gedeckt werden können. — Die Einschränkung erfordert nun selbstverständlich äußerste Zurückhaltung in der örtlichen Berichterstattung; nur für die Allgemeinheit der Kollegen wirklich notwendige und wichtige Mitteilungen übersende man der Schriftleitung. — Mit der anfordernden Zahl der Zeitungen aus den Zahlstellen soll nur der tatsächliche Bedarf gedeckt werden. Die Mitgliederzahl ist 53 100, die Auflage jedoch 60 000, wenn auch über die Mitgliederzahl hinaus circa 1500 Zeitungen auf die uns unbekannt Postabonnenten entfallen, so ist der Mehrdruck auf Grund der Anforderung aus einigen Zahlstellen doch noch sehr erheblich. Ueberflüssige Zeitungen für Agitation können heute nicht mehr geliefert werden. Die Zahlstellen werden dringend ersucht, diesen Hinweis zu beachten und ihre Bestellungen dementsprechend einzurichten. — Mit Rücksicht auf das Weitererscheinen unseres „Steinmetz“ nur im heutigen Umfange ist es bringende Pflicht aller Verbandsmitglieder, die vom Verbandsvorstand ausgeschriebene freiwillige Extrasteuer nicht zu sabotieren. Sonst schwemmt schließlich die ungeheure Papiergeldlast unser so notwendiges Binde- und Informationsblatt — den „Steinmetz“ — hinweg. Kollegen und Kolleginnen! Das darf nicht geschehen!

### Lohnbewegungen.

#### Gesperrt:

In Raunmünzbach Betrieb Koch. In Siegen die beiden Firmen Born und Wagner; in Baden-Baden Granitwerke Barnhalt; in Hornberg (Baden) das Granitwerk Hornberg.

#### Zugung ist fernzuhalten:

Außer den genannten Orten unter Sperre und Streik von Baumholder und Saargemünd, von Gollnow und Umgebung, von Raunmünzbach, von Tangermünde Betrieb Richard Schwarz.

#### Erliebte Bewegungen.

Die Streiks in Beucha, Düsseldorf, Berlin, Hemsbach sind beigelegt.

### Seenot.

In den hinter uns liegenden Wochen war die wirtschaftliche und politische Atmosphäre in Deutschland mit Explosivstoff durchsetzt, der sich heute noch nicht verzogen hat; er hat sogar das Bestreben, nach dem Vorbilde von Wetterwolken sich wieder zusammenzuballen. In Deutschland drohte und droht noch, nichts weniger als die vollständige Auflösung der Wirtschaft und damit Eintritt des längst besprochenen Chaos. Der Kampf aller gegen alle! Wenn es in letzter Stunde gelang, die Gefahr noch einmal zu bannen, so ist es das Verdienst der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion; jedoch dauernd ist die Gefahr nicht beseitigt. Einige wenige Stichworte genügen, um die gegenwärtige und hinter uns liegende Situation zu kennzeichnen: Geldentwertung — Zahlungsmittelknappheit — Lebensmittelnot — sogenannter Generalstreik — Rücktritt der Cuno-Regierung — neue Regierung — Große Koalition.

Alle diese Vorgänge wurzeln im Ruhr- und Reparationsproblem, beides bildet den Mittelpunkt von dem Kreise, in dem unsere Währung und Wirtschaft seit der Ruhrbesetzung immer schneller herumrafft. Die Geldentwertung voran, Zahlungsmittelknappheit, Lebensmittelnot, Arbeitslosigkeit als Wirkung hinter sich herzerrend. Entlassungen und Kurzarbeit werden aus allen Industrien und allen Orten gemeldet. Natürlich trifft das auch für die Steinindustrie zu. Die Löhne können nach Angabe der Unternehmer nicht mehr aufgebracht werden, die Aufträge werden teils zurückgezogen, weil die Preisbemessung die Weltmarktpreise übersteigen. Zugabe ist, daß einer großen Anzahl industrieller Betriebe bei dem plötzlich eingetretenen kolossalen Geldbedarf die Luft ausgeht, genau wie den eigenen Betrieben der Arbeiterschaft. Aber sicher ist es eine übereilte Maßnahme, wenn nun schnellstens Entlassungen vorgenommen werden. Die augenblickliche PreSSION muß unter Anspannung aller Opferwilligkeit, vor allen Dingen der Betriebsinhaber, überstanden werden, sonst zieht uns die gegenwärtige Lage alle in den Abgrund.

Mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt das arbeitende Volk die Maßnahmen der neuen Regierung, große Hoffnungen hat jedoch keiner, denn alle bisherigen Hoffnungen sind zuschanden geworden, und doch erwarten bestimmte Kreise im arbeitenden Volke, daß die neue Regierung, in die vier Sozialdemokraten eingetreten sind, die verfahrenen Verhältnisse meistern wird. Nicht von heute auf morgen, dazu fehlt der Karren viel zu tief im Schlamm. Es muß um ihn herum noch aherberd freigelegt werden, um den Karren, wenn auch

mit Mühe, aber doch schließlich mit Sicherheit herauszuziehen. Nun gibt es bei diesen Bemühungen höhnende und kritische Zuschauer; die ersteren sagen: „Es nützt doch nichts“, und die andern sind der Meinung, es müsse so oder so gemacht werden. Jedenfalls halten sie alles für falsch, was immer getan wird. Doch Handanlegen, eventl. mit in die Speichen fassen, damit der Karren wieder flott wird, das überlassen sie andern. Wozu sind denn diese da? So geht es nun schon seit Jahren in allen schweren Nöten, die sich von Zeit zu Zeit vor uns aufstürmen. Dazu gesellen sich noch die „Pränumerando-Bestimmungen“, die alles voraussehen und vorausgesehen haben. Diese Riesepeter sind die unangenehmsten Mitbewohner im großen Hause der deutschen Republik; denn während die ausländischen Widersacher die Fenster Scheiben der Republik von außen zertrümmern, machen es die Riesepeter von innen. Sie tragen also viel dazu bei, Mißstimmung und Unangenehmes hervorzuheben.

Die neue Regierung sollte und wird es wohl auch als ihre dringendste und vornehmste Aufgabe betrachten, das Ruhr- und Reparationsproblem einer Lösung zuzuführen. Wir wissen, daß auf Grund der Wortspielereien jenseits der Westgrenze die Lösung nicht leicht sein wird. Drüben will und erwartet man vollständige Kapitulation, Unterwerfung, und erst dann soll von ihnen vertragen werden, was mit der Ruhr- und Reparationsfrage werden soll. Kapitulation ist jedoch gleichbedeutend mit dem Zerfall der Einheit der deutschen Republik und gleichbedeutend mit der Beibehaltung des gegenwärtigen Unterdrückungsstandes, mindestens auf lange Jahre hinaus. Das will hoffentlich keiner vom Arbeitsvolk, der sich trotz aller Drangsal und Not ein Heimatgefühl erhalten hat, das über die von ihm innehabenden vier Wände hinausgeht. Es gehört gewiß große Einsicht dazu, in der jetzigen Lage doch noch hoffend in die Zukunft zu schauen, denn die arbeitenden Massen waren bisher immer die Lastträger jeder wirtschaftlichen und politischen Auswirkung, und doch darf in unsern Kreisen der Pessimismus nicht Oberhand nehmen, die Ueberzeugung zur Ueberwindung der schwierigen Lage darf niemanden von uns abhandeln kommen. Nur der sich selbst aufgibt ist verloren! In der gegenwärtigen Lage gleicht das Arbeitsvolk in Deutschland Schiffbrüchigen, die sich im Rettungsboot befinden und einem Ziel zusteuern — nicht dem ursprünglichen Reiseziel. Würden sie sich im Boot streiten, ohne daß gerudert wird, würde sicher Boot und Besatzung von den Wellen verschlungen; wollen sie das jedoch nicht, dann muß sich jeder zu helfen bemühen, muß in die Riemen greifen, wenn es verlangt wird, damit Boot und Mannschaft aus der Seenot herauskommen und sie wieder festen Boden unter den Füßen fühlen. Das ist auch heute unsere Aufgabe. Keine Verzweiflung, kein Streit, kein Abweichen von der Organisation, sondern zusammenstehen. Schwierige Situationen müssen überwunden werden wie Seenot von einem geschickten Steuermann mit einer willensstarken und geschulten Mannschaft.

Kollegen, in ähnlicher Seenot wie die allgemeine Lage befindet sich auch unser Verband! Die Geldentwertung unterminiert alle Einrichtungen und Existenzen, die keinen Sachwertbesitz aufweisen können, aus dem die sich verflüchtende Substanz erneuert werden kann. Diese Heimsuchung oder Auszehrung macht natürlich vor den Arbeiterverbänden nicht halt, sie ist wie eine verheerende, ansteckende Epidemie, die alle anfaßt. Was ist dagegen zu tun? Welche Schritte hat der Verbandsvorstand eingeleitet? Was ist Aufgabe der Mitglieder? — In gemeinsamer Beratung der Verbandsinstanzen am 20. August 1923 (vom Verbandsauschuß, von den Gauleitern und vom Beirat war der Kosten wegen nur eine Vertretung zugezogen worden) wurde eingehend erwogen, wie der Verband und seine Einrichtungen die Krankheit abwehren können. Jeder Zahlstelle des Verbandes wurde in der verflohenen Woche ein Rundschreiben übermittelt, das in knappen Darstellungen von den Beschlüssen Mitteilung macht. Pflicht des örtlichen Vorstandes ist es nun, die Zahlstellenmitglieder darüber zu informieren und sein Bestes einzusetzen, damit die Beschlüsse beachtet werden! Die Bekanntmachungen an anderer Stelle dieser Nummer geben die Beschlüsse der Verbandsinstanzen nochmals bekannt. Sie gipfeln in der weiteren Beschränkung des „Steinmetz“; einer freiwilligen Extrasteuer, dazu wurden Marken zu 100 000 Mk. verandt; den Lokalkassen können vorläufig nur 10 Prozent vom Markenverschleiß verbleiben, weil infolge Animosität der Mitglieder gegen Pflicht-Extrasteuer von solchen Abstand genommen wurde; die Karenzzeit im Unterstützungsbezug wurde trotz schwerer Bedenken von 6 auf 4 Wochen herabgesetzt. Im weiteren sind die Zahlstellen verpflichtet, die einfallenden Gelder öfter als bisher an die Hauptkasse abzuführen.

Den einsichtigen Verbandsmitgliedern kann es natürlich nicht gleichgültig sein, wie ihr Verband dasteht, deshalb wird auch erwartet, daß die Extrasteuer trotz aller Freiwilligkeit die nötige Beachtung findet. Die Beschlüsse der Verbandsinstanzen sind aus der Not heraus geboren, sie stellen das mindeste dar, was geeignet ist, die Organisation und ihre Einrichtungen um die aufgetauchten gefährlichen Klippen herumzuführen. Die Zahlstellen sind das Fundament des Verbandes, verlassen sie in dieser Periode der Beklemmung, dann wäre es um die Kraft und den Einfluß der Organisation schlecht bestellt. Auf Grund früherer Erfahrungen haben die Kollegen, wenn den Ruf ertönte, ähnlich wie die Artikelüberschrift lautet, entschlossen zugepaßt. So muß es auch diesmal sein! Jeder nach seinen Kräften, dann wird trotz Seenot der Verband der Steinmetzen Deutschlands mit seinen Einrichtungen keinen Schiffbruch erleiden!

### Die neuen Steuern.

Raum hat der Reichstag fast einmütig in schneller Arbeit mit Rücksicht auf das Gebot der Stunde eine Reihe neuer zusammenhängender Steuern verabschiedet, da beginnen auch bereits die Saboteure sich zu rühren. Die wirklich Besessenen versuchen nun eine Aufbäumung gegen die Steuern, die im allgemeinen nicht begründet ist. Zu lange haben die Volksmassen zu ihrem Nachteil der wachsenden Entlastung der Sachwertbesitzer zugehört. Die Lohn- und Gehaltsempfänger haben ihre Steuern entsprechend dem steigenden Einkommen in verhältnismäßig vollwertigem Gelde entrichtet müssen. Nun es die Sachwertbesitzer und Großverdiener auch trifft und in einem gewissen rückläufigen Sinne dabei nachholt, was früher veräußert wurde, ergreifen sie ihre „Maßnahmen“. Die überhöhten Rindungen und Entlassungen von

Arbeitern und Angestellten sind zum Teil als solche Maßnahmen anzusehen.

Die neuen Steuern sind gewiß streng und einschneidend, aber sie waren notwendig, um der brennendsten Finanznot abzuhelfen, und es ist eigentlich ganz selbstverständlich, daß die besonders leistungsfähigen Bevölkerungsklassen, wie Handel, Industrie, Landwirtschaft, im eigenen Interesse dazu beitragen müssen, den Staat aus der Krise herauszubringen. Ein kurzer Ueberblick über die neuen Gesetze wird unsern Kollegen die Begründung unseres Schlusses im vorhergehenden Absatz geben, aber auch im weiteren zeigen, daß binnen kürzester Frist ein Rückfluß erheblicher Summen von Papiergeld in die Reichskasse erzielt werden muß und als wohlthätige Wirkung eine Einschränkung des Notendrucks zu verzeichnen sein. Den Charakter einer Notsteuer hat vor allem die Erhebung des „Rhein-Ruhr-Opfers“. Durch dieses Gesetz werden vor allem die leistungsfähigen Steuerpflichtigen in großem Umfang auf Grund der Einkommen- und Körperschaftszahlungen herangezogen, wobei es sich nicht um eine Erhöhung der Einkommensteuer handelt, sondern um eine Belastung des Besizes, für die aus Zweckmäßigkeitsgründen die Einkommensteuer nur als Maßstab herangezogen worden ist. Alle Einkommen- und Körperschaftsteuerpflichtigen, die zur Vorauszahlung verpflichtet sind, sowie alle Steuerpflichtigen, die im Jahre 1922 ein Einkommen von mehr als eine Million Mark hatten (die große Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger scheidet also dabei aus), haben an den drei nächsten Vorauszahlungsterminen das Doppelte der erhöhten Vorauszahlungen als Abgabe zu entrichten. Der Ertrag dieser Abgabe, die Ende August fällig wird, wird auf 40 Billionen Mark geschätzt. Am 5. Oktober 1923 und 5. Januar 1924 sind ebenfalls erhöhte Vorauszahlungen zu leisten, die entsprechend der Geldentwertung vom Reichsfinanzministerium festgesetzt werden. Die Ruhrabgabe besteht aus dem doppelten Betrage dieser Vorauszahlungen. Daneben werden auf Grund der neuen gesetzlichen Bestimmungen die Besitzer eines Kraftwagens in hohem Maße steuerlich erfaßt. Die Zahl der Luxusautomobile hat in den letzten Jahren überhandgenommen. Der Ausländer, der nach dem flüchtigen Eindruck urteilt, war versucht, darin ein Zeichen für den zunehmenden Wohlstand des Landes zu sehen, und im Inlande selbst erregte diese starke Vermehrung der oft luxuriös ausgestatteten Wagen bei den arbeitenden Bevölkerungsschichten Verbitterung. Angesichts dieser Tatsachen erklärt sich die starke Heranziehung der Autobesitzer zur Tragung der steuerlichen Lasten ohne weiteres. Die Kraftfahrzeugsteuer ist um das Fünffache erhöht worden. Der Ertrag wird auf 15 Billionen Mark geschätzt.

Grundlegend für die künftige Regelung des Steuerwesens ist das Gesetz über die Erhöhungen der Vorauszahlungen auf Einkommen- und Körperschaftsteuer, auf die sich das erlittene „Rhein-Ruhr-Opfer“ aufbaut, jedoch eine Steuer für sich ist. Der Entwurf sah eine Erhöhung der Vorauszahlungen vom 25fachen auf das 100fache zur Einkommensteuer, vom 35- auf das 140fache zur Körperschaftsteuer vor. Der Reichstag ging ganz erheblich über den Entwurf hinaus und beschloß eine Erhöhung auf das 400fache zur Einkommensteuer, auf das 600fache zur Körperschaftsteuer. Aus dieser Neufestsetzung der Vorauszahlungen werden für die nächste Zeit erhebliche Summen der Reichskasse zufließen, was von bedeutsamem Einfluß auf die Eindämmung der Inflation und damit auf die künftige Preisgestaltung sein wird. Der Ertrag dieser Steuer, die am 15. August zahlbar war, wird aus der Einkommensteuer auf 40 Billionen Mark, aus der Körperschaftsteuer auf 20 Billionen Mark geschätzt.

Außerordentlich wichtig und einschneidend ist ferner die Besteuerung der Betriebe. Rünftig werden Industrie, Handel und Banken das Zweifache der von den Arbeitern, Angestellten und Beamten gezahlten Lohnsteuer entrichten müssen. D. h. also: alle Betriebe im Sinne der Gewerbeordnung haben in den nächsten sechs Monaten den doppelten Betrag von dem von ihnen abgeführten Lohnsteuerbeträge von sich aus wöchentlich zu entrichten. Als Ertrag dieser Steuer glaubt man in den nächsten sechs Monaten eine Summe von etwa 120 Millionen Goldmark der Reichskasse zufließen zu können; das wären, einen Dollarstand von 2 Millionen angenommen, etwa 60 Billionen Papiermark.

Als letzter wesentlicher Punkt der Steuerreform wurde eine Besteuerung der Landwirtschaft in einem der Notlage des Landes entsprechenden Umfang durchgeführt. Ebenso wie die Industrie herangezogen wurde, ist der Landwirtschaft eine besondere Besteuerung für die nächsten sechs Monate auferlegt worden, und zwar muß die Landwirtschaft fast das Doppelte wie die Industrie aufbringen. Die Höhe dieser Steuer beträgt insgesamt 216 Millionen Goldmark, bei einem Dollarstand von 2 Millionen ungefähr 108 Billionen Papiermark.

Mit diesen steuerlichen Maßnahmen, deren Vorzug nicht nur ihre rasche Wirksamkeit, sondern auch die Einfachheit ihrer Durchführung ist, werden allein im Laufe des nächsten Monats annähernd 150 Billionen Mark der Reichskasse zufließen. Das ist etwa das Dreifache des augenblicklichen Notenumlaufs. Im Verein mit der neuen, tief einschneidenden Veränderung in der Kreditpolitik der Reichsbank, in Verbindung mit der neuen wertbeständigen Anleihe, auf die vom 15. August ab Zeichnungen erfolgen, ist mit absoluter Sicherheit anzunehmen, daß beträchtliche Summen für die Reichsfinanzen sofort flüssig gemacht werden, und daß aus Steuern und Anleihe zusammen für die nächsten Monate eine Deckung der Reichsausgaben in erheblichem Umfang erfolgen kann. Es sind damit weitreichende Vorkehrungen geschaffen worden dagegen, daß niemand mehr bei der Steuerzahlung aus der Geldentwertung Vorteile zieht.

Unzweifelhaft bringt diese steuerliche Neuordnung mancherlei Härten für den Besiz. Namentlich die kleinen und mittleren Betriebe werden wahrscheinlich mit Schwierigkeiten bei der sofortigen Aufbringung der geforderten großen Summen zu kämpfen haben. Aber diese Härten mußten in Kauf genommen werden und sind im Reichstage auch von den politischen Vertretern dieser Kreise hingenommen worden. In der Erkenntnis, daß eine Geländung unserer aufs schwerste erschütterten Wirtschaft mit allen Mitteln angebahnt werden muß, und daß die Reform vor den Sonderinteressen keine heiligt unheilbaren Schaden erleiden sollte.

Die etwa mit den neuen Gesetzen verbundenen Benachteiligungen für die Sachwertbesitzer sind aber auch sicher lange nicht von

der grundsätzlichen Bedeutung wie das bisher bestehende Mißverhältnis in der effektiven Steuerausbringung zwischen der großen Masse der Papiermarkempfänger (Lohn- und Gehaltsempfänger) und der Inhaber der Produktionsmittel. Zwischen diesen beiden großen Volksgruppen das natürliche Verhältnis steuerlicher Gerechtigkeit bis auf weiteres wieder herbeigeführt zu haben, ist unbedingt das eigentliche Verdienst dieser vorläufigen „Steuerreform“. Der Besitz ist nunmehr auf die schärfste zur Aufbringung der Steuerlasten herangezogen.

Die Wirkungen der neuen Steuergesetze werden — darüber soll man sich keinem Zweifel hingeben — nicht zu einer sofortigen Heilung aller unserer wirtschaftlichen Nöte führen. Aber wir werden ihre wohlthätigen sozialen Folgeerscheinungen hoffentlich bald im Hinblick auf die Wertgeltung der Mark, auf die Eindämmung der Inflation und die Mäßigung der ganzen Preisgestaltung spüren können.

### Rundschau.

**Gewerkschaftliches.** Gegen die Betriebsstilllegungen hat der ADGB gemeinsam mit dem IFA-Bund am 22. August folgendes Schreiben an den Reichskanzler gerichtet:

„In den letzten Tagen wurde von den Unternehmern eine umfangreiche Bewegung zur Stilllegung oder Einschränkung der Betriebe eingeleitet, deren Auswirkung sich in aller kürzester Zeit in einer katastrophalen Massenarbeitslosigkeit, nicht zuletzt aber in einer Durchkreuzung der steuerpolitischen Maßnahmen des Reiches, vor allem in der praktischen Aufhebung der Lohnsummensteuer, zeigen müßten, wenn die Reichsregierung nicht sofort mit aller Schärfe eingreift.“

Auf Grund der Verordnung betr. Maßnahmen gegenüber Betriebsabbrüchen und Stilllegungen vom 8. November 1920 hätte die Reichsregierung unverzüglich folgende Schritte einzuleiten:

1. Sofortige Anweisung an die Länder, den Demobilisationsbehörden aufzugeben, Stilllegungsanzeigen mit größter Beschleunigung zu bearbeiten und Betriebsräte sowie Gewerkschaften laufend an den Ermittlungen zu beteiligen.
2. Im Falle einer Stilllegung Pfändung von Waren in Höhe der fälligen Steuern, Übertragung des Warenlagers an Unternehmer, die sich bereit erklären, weiter zu arbeiten. Eidesstattliche Versicherung der verantwortlichen Personen des Unternehmens, welches stilllegen will, daß es kein Betriebskapital zur Verfügung hat und auch ein solches nicht beschaffen kann.

Die etwa noch notwendigen Ergänzungen der genannten Verordnung, wie z. B. Ausdehnung der Verordnung auf alle Gewerbe und Betriebe mit weniger als 20 Arbeitnehmern, bitten wir sofort zum Gegenstand einer mündlichen Verhandlung mit den Spitzen-gewerkschaften machen zu wollen. In dieser Besprechung wäre auch die Frage zu klären, in welcher Weise Kündigungen, die innerhalb der in der Verordnung vorgegebenen Fristen erfolgen, bis zur endgültigen Entscheidung der Demobilisationsbehörden rechtlich unwirksam gemacht werden können.

Der juristische Ernst der Lage gebietet, keinen Tag zu verjähren, um das hier vorgeschlagene Vorgehen zu verwirklichen. Ein beschleunigtes Eingreifen ist um so leichter, als die Verordnung vom November 1920 im Prinzip bereits den hier gemachten Vorschlägen entspricht.“

Die Gewerkschaftspresse. Fast sämtliche Gewerkschaftsblätter sind neuerdings bedeutend eingeschränkt worden. Ihr Umfang ist verkleinert oder die Erscheinungszeit geändert, mitunter auch beides zusammen. Einzelne Verbände haben sogar das Weitererscheinen ihrer Zeitungen kurzerhand eingestellt, denn Papier- und Druckkosten erfordern Millionen, für die großen Verbände Milliarden, für welche die Einnahmen fehlen. Die Herstellung der Zeitung und die obligatorische Lieferung an die Verbandsmitglieder ist heute in der Tat eine außerordentliche Belastung der Gewerkschaftsverbände. — Die Einschränkung der Gewerkschaftspresse ist äußerst bedenklich, weil die Auswirkung einer empfindlichen Schädigung der Arbeiterbewegung gleichkommt. Dann ist weiterhin zu beachten, daß die Arbeiter-Tagespresse durch die notwendige Bezugspreiserhöhung allerorts an Lesern eingebüßt hat. Die augenblickliche Periode mit ihrem Dollarschrecken kann nur überwinden werden, wenn die organisierte Arbeiterkraft kein Opfer scheut in der Beitragsleistung, um die notwendigen Einrichtungen zu erhalten. Einer Aufhebung des Obligatoriums der Gewerkschaftspresse, wie es in den Anfangsjahren der Bewegung war, kann heute trotz aller Not das Wort nicht geredet werden.

**Bierzig Jahre Zimmererverband.** Am 19. August 1923 konnte der Zentralverband der Zimmerer auf ein 40-jähriges Bestehen der Organisation zurückblicken. Im ersten Jahre ihres Bestehens waren etwa 2000 Mitglieder in der Organisation, heute zählt der Verband über 100 000. Fast der letzte Zimmerer ist nunmehr vom Zentralverband erfasst.

Im Kürschnerverband hat die Abstimmung eine Mehrheit für die Verschmelzung mit dem Bekleidungsarbeiterverband ergeben. An der Abstimmung beteiligten sich allerdings nur 46 Prozent der Mitglieder, davon 4655 für, 1037 gegen.

Der Reichsindex für die Lebenshaltung ist wie ein Barometer für Deutschlands Not und Elend und des Dollarschreckens:

(1913/14 = 1)		
Durchschnitt	1913/14	100
„	1923	3816
„	1922	7650
„	1921	37651
„	1920	16180
„	1919	21511
„	1918	28892
„	1917	39336
„	1916	71470
„	1915	149531
„	1914	436935
„	1913	753733
Steigerung gegen die Vorwoche:		72,5 Proz.

**Soziales.** Wertbeständige Leistungen in der Unfallversicherung und Wochenhilfe. Nach längerem Verhandeln im Sozialen Ausschuß des Reichstages konnte am 15. August im Reichstage eine Gesetzesvorlage verabschiedet werden, nach der die Unfallrentenzulagen werblich unabhängig gemacht wurden. Einbezogen werden alle Renten, die wenigstens 20 v. H. der Vollrente betragen. Die bisherige Teilung der Jahresarbeitsverdienste, die im Februar festgelegt wurden, wonach für Renten mit 50 und mehr v. H. der Vollrente höhere Beiträge eingezogen wurden, bleibt bestehen. Als Grundlage der Renten gelten folgende Jahresarbeitsverdienste: bei Renten von 20 bis unter 50 v. H. für eine landwirtschaftliche Arbeiterin 172 800 Mk., für einen landwirtschaftlichen Arbeiter 324 000 Mk., für einen gewerblichen Arbeiter 450 000 Mk. Bei Renten von 50 und mehr v. H. betragen die Zahlen 504 000 Mk., 840 000 Mk. und 1 152 000 Mk. Als Bezieher dieser Zahlen gelten elf Zehntausendstel der jeweiligen Reichsindexzahl. Für die Woche vom 8. bis zum 14. August beträgt der Index beispielsweise 149,351. Danach ergibt sich ein Bezieher für 164. Die Regierung wollte den Bezieher immer auf volle 10 nach unten abrunden. Der Sozialdemokratie gelang es, zu erreichen, daß nach oben abgerundet wird, und wenn der Bezieher über 200 ist, auf 50 nach oben. Die Renten werden halbmöndlich gezahlt. Zur Berechnung gelangt die Indexzahl, die zwischen dem 16. bis 10. Tage vor dem Zahlungstage veröffentlicht wird. Ein 100 v. H. Erwerbsbeschränkter hat unter Anwendung der Indexzahl von 149 000 eine monatliche Rente von 10 880 000 Mk. zu beanspruchen. Das Gesetz tritt am 1. September in Kraft. Für die zurückliegende Zeit soll noch eine Nachzahlung erfolgen, deren Höhe sich nach der Indexzahl richtet und vom Arbeitsminister festgelegt wird. Im September sollen im Reichstagsausschuß die Fragen der Abfindung **Leiner** Renten, Einführung des Bedürftigkeitsprinzips,

Rentenbemessung nach der Berufsstellung und Gewährung von Rentenzulagen behandelt werden. Die Arbeitervertreter werden dabei ein ernstes Wort mitzusprechen müssen.

Anpassung der Lohnsteuer an die Geldentwertung. Auf Anregung der Regierung wurden die Ermäßigungsätze im Vergleich zu den am 1. August in Kraft getretenen ver fünfzehnfacht. Von dem zehnjährigen Steuerbetrag darf demnach vom 1. September an abgezogen werden:

	monatl. wöchl.	täglich
Für den Steuerpflichtigen u. seine Ehefrau	360 000	88 400
Für jedes Kind	2 400 000	576 000
Für Werbungskosten	3 000 000	720 000

Die durchschnittliche Belastung durch die Lohnsteuer wird am Anfang September etwa 4 bis 6 Prozent des Lohnes betragen. Das steuerfreie Einkommen für eine Familie mit 2 Kindern beträgt beim Tagelohn 3 403 000 Mk., beim Wochenlohn 20 488 000 Mk., beim monatlichen Einkommen 85 200 000 Mk.

Die neuen Postsätze vom 24. August an betragen: Postkarten: Ortsverkehr 4000 Mk., Fernverkehr 8000 Mk.; Briefe: Ortsverkehr 8000 Mk., Fernverkehr 20 000 Mk.; Drucksachen bis 25 Gramm 4000 Mk., 50 Gramm 8000 Mk. usw. Die Sätze werden nicht lange in Kraft bleiben, denn nach einem Beschluß des Reichstages werden sie künftig nach einem Schlüsselverfahren sich in kurzen Rufen der Geldentwertung anpassen. Die Erhöhung ist deshalb stets zu beachten, damit die außerordentlich hohen Strafportokosten vermieden werden.

Neue Eisenbahnfahrpreise. Mit Wirkung vom 1. August wurden die Eisenbahnfahrpreise berechnet mit 1600 Mk. pro Kilometer in der 2. Klasse, 500 Mk. in der 3. Klasse, 330 Mk. in der 4. Klasse. Vom 20. August 1923 an wurden diese Sätze in zehnfacher Höhe (900 Prozent Zuschlag) berechnet. Auch für die Stadt- und Vorortbahnen des Reiches trat die zehnfache Erhöhung in Kraft.

### Was ist die Voraussetzung zur Erhaltung des Verbandes?

1. Die pünktliche wöchentliche Beitragsleistung in der Höhe des jeweiligen Stundenlohnes.
2. Schnellere Abführung der Beitragsgelder wie bisher an die Verbandshauptkasse. Mindestens jede Woche!
3. Rückständige Beiträge dürfen nur mit der zur Zeit der Zahlung geltenden Beitragshöhe ausgeschrieben werden.
4. Die von den Verbandsinstanzen ausgeschriebenem freiwilligen Extrabeiträge von je 100 000 Mk. dienen zum Ausgleich der Geldentwertung der Verbandshauptkasse; sie möchten neben den Regelbeiträgen wöchentlich geleistet werden.
5. Arbeitseinstellungen dürfen nur mit Zustimmung des Hauptvorstandes erfolgen.

Kolleginnen und Kollegen! Die katastrophale Geldentwertung droht ernstlich die bisherige moralische und finanzielle Stütze und Hilfe im Kampfe gegen Unternehmervillwör und -ausbeutung für ein besseres Lebenssein der Steinarbeiter zur Ohnmacht zu verurteilen. Das darf nicht geschehen! Durch solidarisches Zusammenstehen und zweckentsprechende finanzielle Leistung muß dem entgegengetreten werden! Die Voraussetzung dafür sind die unter 1 bis 5 angeführten Sätze. Handelt danach!

### Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

**Berlin.** Bewerbung. Die Stelle des Ortsangestellten der Zahlstelle Berlin wird hiermit zur Bewerbung ausgeschrieben. Die Anstellung kommt nur für Berliner Kollegen, die mindestens 5 Jahre Mitglied des Steinarbeiterverbandes sind, in Frage. Bewerbungen nebst einer schriftlichen Abhandlung (Die Aufgaben der Gewerkschaften) sind bis zum 10. September 1923 mit der Aufschrift: Bewerbung an den Zentralverband der Steinarbeiter (Zahlstelle Berlin), Berlin SO. 16, Engelkeufer 25, zu richten. Die Ortsverwaltung, J. A.: A. Wenzel.

**Braunschweig.** Das Mitgliedsbuch Nr. 23 424 auf den Namen des Kollegen G ö d e c k e ausgefertigt, wurde verloren; vor Mißbrauch wird gewarnt. Das Buch ist nunmehr ungültig. Kass.: Karl Wellner.

**Eisenach.** Das Verbandsbuch Nr. 18 348 auf den Namen B a u m b a c h, geb. am 15. 11. 80, ist durch Diebstahl abhanden gekommen. Buch ist ungültig, darum, Kassierer, Vorfrist beim event. Vorlegen des Buches; Unterstützungsbezug ist in solchen Fällen K e p p e r e i!

**Sömberg.** Der Kollege Johann Diez aus Hausenberg ist von hier abgereist und hat seine Mitgliedskarte in Unordnung zurückgelassen. Keine „neue“ ausstellen.

**Seebach.** Der Kollege Karl Wilhelm hat bei seiner Abreise die Interimskarte vergessen mitzunehmen. Eine neue darf ihm nicht ausgestellt werden.

**Karlsruhe, 6. Gau.** Der Gauleiter Kollege Sarfert ist am 21. August plötzlich schwer erkrankt. Die notwendigen Arbeiten müssen nun wie folgt geregelt werden:

Der Bezirksleiter Kollege Fr. Weidenhammer-Hemsbach ist zuständig für den gesamten Oberrheinbezirk für Granit und Sandstein, für das Neckartalgebiet und den Bezirk Mühlbach-Weiler-Maulbronn.

Der Gauleiter Kollege A. Menges, Frankfurt a. M., Nibelungenallee 13, für die Pflasterstein- und Schotterarbeiter Nordbadens.

Der Kollege Hans Fuchs-Kappelrodek wird die Angelegenheiten der Pflasterstein- und Schotterarbeiter von Mittel- und Südbaden befragen.

Der Bezirksleiter Kollege Jakob Gras-Kammelsbach ist ausfindig für die gesamte Steinindustrie der Pfalz.

Die Zahlstellen des 6. Gaues mögen im Bedarfsfalle das Vorstehende beachten. Sobald die Krankheit des Kollegen Sarfert — dem wir alle baldige Genesung wünschen — wieder behoben ist, erfolgt Bekanntmachung und Wiederherstellung der bisherigen einheitlichen Gau-Geschäftsführung.

### Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

**Achtung, Kassierer!** Beitragsmarken unter 80 000 Markentwert kommen nicht mehr zum Versand. Die Spanne ist jetzt: 80 000 bis 100 000 Mk. um je 5 000; 100 000 bis 160 000 um je 10 000; 160 000 bis 300 000 um je 20 000; 300 000 bis 1 000 000 um je 50 000. Beitragsmarken bis 1 000 000 können verlangt werden.

Von einigen Ortskassierern wurde angeregt, infolge des öfteren Markenwechsels im Quartal nunmehr eine monatliche Abrechnung mit der Hauptkasse einzuführen. Die Anregung hat gewiß etwas für sich, bringt jedoch in der Hauptkasse bei der Zusammenstellung der Vierteljahresabrechnungen für die Zahlstellen eine kaum zu bewältigende Mehrbelastung. Soweit der Markenwechsel bei dieser Anregung in Betracht kommt, können die Zahlstellenkassierer sich dadurch helfen, indem sie die Markentrübri auf dem vierteljährlichen Abrechnungsformular durch Ankleben eines passenden Stückchen Papiers beliebig vergrößern. Alle im Quartal verschickten Marken kommen dann auf einer Abrechnung zur Geltung. Dadurch erleichtern Hauptkasse und Zahlstellenkassierer sich gegenseitig die Arbeit und Ueberlast. Die vorhandenen Abrechnungsformulare müssen auch Verwendung finden, eine Neuanfertigung verhängt ungeheure Summen.

Die Mitgliederzahl des Verbandes hat auch während des zweiten Quartals eine Erhöhung erfahren. Sie stieg von 52 290 Mitgliedern am Beginn des Quartals auf 53 097 Mitglieder am Ende desselben. Die Zunahme beträgt 807 Mitglieder. So erfreulich der Zuwachs ist, befriedigen kann er uns nicht. Hunderte von Kollegen gehören noch andern, teils gegnerischen Verbänden an und entziehen ihrer zukünftigen Organisation die Mittel zur Hebung ihrer beruflichen Lage. Berufskollegen, die nicht dem Zentralverband der Steinarbeiter angehören, tragen zur Zersplitterung der Kräfte bei, noch dazu in einer Zeit, die die Zusammenfassung der Kräfte mehr als je erforderlich. Kollegen! Laßt daher nicht nach in der Werbung neuer Mitglieder und an der Ausgestaltung unseres Verbandes zu einem sicheren Hort aller Angehörigen der weitverzweigten Steinindustrie.

Folgende Zahlstellen hatten bis zum 28. August die Abrechnungen des 2. Quartals noch nicht eingekandt:

1. Gau: Werber.
2. Gau: Seitenberg.
3. Gau: Mittweide, Jöblich.
4. Gau: Volkmarshausen.
5. Gau: Eberfeld, Gummersbach.
6. Gau: Contwig, Eberbach i. B., Freiburg i. B., Gumbseweiler.
8. Gau: Augsburg, Lengenheim, Rothenburg, Dietrich.
9. Gau: Lonsdorf, Marjain, Monzingen, Sprendlingen, Steeden, Rirn.
10. Gau: Droyßig.

### Adressenänderungen.

1. Gau: Benzlin i. Mecklg. Vorf.: Carl Pleß, Gr.-Vielen b. Benzlin. Kass.: Artur Kremser, Speckstr. 267.
2. Gau: Wenig-Radwig. Vorf.: Joh. Rendzia.
4. Gau: Die Gauleitung (Konrad Reis, Heinrich Schmitt) hat nunmehr ihren Sitz in Kassel, Gartenstr. 27b, bei Ww. Dett. Ibbendiren. Vorf.: Heinrich Wiethöfster, Didenberg, Post Eich i. Westfalen.
5. Gau: Dortmund. Kass.: Hermann Geipel, Blumenstr. 44. Königsstele. Vorf.: Martin Schatz, Kanarienberg 22. Kass.: Kaufe, Dahlhauser Str. 122 (Silberfuhle).
6. Gau: Seebach. Vorf.: Anton Rothmeier. Kappelrodek. Vorf.: Joseph Fuchs. Kass.: Alfons Tremel. Eberbach (Baden). Vorf.: Karl Laudenklos, Ober Badstr. 24. Kass.: Ludwig Lenhard, Untere Badstr. 14.
7. Gau: Kaiserhammer (Oberfr.). Vorf.: Karl Thüring, Höchstadt, Oberfr., Haus Nr. 76a.
8. Gau: Schraudenbach. Kass.: Georg Häcker.
9. Gau: Gedern. Vorf.: Wilhelm Knauß. Hedholzhäuser. Kass.: Adolf Jost. Liebenscheid (Westerwald). Vorf. und Kass.: Karl Müller H.

### Briefkasten.

- A. K. G. Siehe unter Vorstandsbekanntmachung.
- H. Die Notiz enthält eine strafbare persönliche Verächtigung und Beleidigung gegen den Polier nebst Frau. Nehme sie deshalb nicht auf.
- B. Bericht auf beiden Seiten beschrieben. Die Unterschrift: „Prek-Kommission“ ist nichts. Grund zur Ablehnung.

### Anzeigen

**Berlin.**  
Montag, 3. September, abends 6 1/2 Uhr.  
**Berufsammlung aller Branchen**  
im Gewerkschaftshaus (Großer Saal)  
Tagesordnung: 1. Die letzten Vorgänge innerhalb der Zahlstelle. 2. Stellungnahme zur Neuwahl des Ortsangestellten. 3. Bericht des Ortsverwalters.  
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen in dieser Versammlung zu erscheinen.  
Die Ortsverwaltung.

**10-12 Steinrichter**  
für Kleinplaster (Besalt) gegen Lohn gesucht. Wohnungen für Verbetratete und Leibe vorhanden. Meldungen bei **Hein. Henseler, Massbach,** Volt Gehaus (Hörn).

**Schriften-Archiv**  
Methode zum Selbstlernen  
**J. Giegler, Gießen, Eiserstr. 37.**

**Steinmetz**  
der in der Bearbeitung von Ziersteinen fein erfahren ist sowie in Verzierungen und Schrift, kann sofort eintreten bei **Jseke, Lehrte bei Hannover**

**Tüchtiger Steinmetz**  
für ständige Beschäftigung auf weichen Sandstein und alle Arten Schriften. Ledig, katholisch.  
**Aug. Upmann, Frsren in Hannover.**

**Mehrere tücht. Steinhauer**  
für sofortige Arbeit.  
Granitwerk Reich, Seid in Bayern.  
\*\*\*\*\*

**Bücher für Betriebsräte und Gewerkschaftsführer**  
die in ihrer Zahlstelle des Verbandes lesen dürfen, empfiehlt **Verlag des ADGB, Berlin.**

### Gestorben.

Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingekandt werden.

In **Schriesheim** am 6. Juli der Hilfsarbeiter **Philipp Grüber**, 39 Jahre alt, Lungenerkrankung.

In **Rottenbauer** am 12. Juli der Sandsteinmetz **Frits Gernert**, 34 Jahre alt, Lungentuberkulose.

In **Floß** am 23. Juli der Hilfsarbeiter **Wichl Krauß**, 17 Jahre alt, und **Ruppert Krauß**, 21 Jahre alt, beide beim Baden ertrunken.

In **Ramens** am 28. Juli der Pflastersteinmacher **Rich. Großmann**, 46 Jahre alt, Grippe.

In **Berlin** am 1. August der Sandsteinmetz **Anton Wärs**, 42 Jahre alt, Lungen- und Herzleiden, am 4. August die Schleiferin **Anna Czischowski**, 36 Jahre alt, Bauchfellentzündung.

In **Paanten** am 2. August der Hilfsarbeiter **Jakob Sumner**, 42 Jahre alt, Unglücksfall.

In **Zeil a. M.** am 2. August der Hilfsarbeiter **Johann Dorn**, 50 Jahre alt, Lungenerkrankung.

In **Strehlen** am 4. August der Hilfsarbeiter **Heinrich Janisch**, 64 Jahre alt, Schlaganfall, am 7. August der Pflastersteinmacher **Albert Taraba**, 23 Jahre alt, freiwillig aus dem Leben geschieden.

In **Häslicht** am 5. August der Hilfsarbeiter **Heinrich Hüner**, 62 Jahre alt, Geisteskrise, am 10. August der Granitsteinmetz **Paul Kesse**, 55 Jahre alt, Althma.

In **Pangensalza** am 8. August der Sandsteinmetz **Jakob Raes**, 39 Jahre alt, Darmverhärtung.

In **Eckenstein** am 8. August der Brecher **Ludwig Kollev**, 58 Jahre alt, Althma.

E h r e i h r e m A n d e n k e n

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Winkler, beide in Leipzig.  
Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.